

*Osnabrücker Jahrbuch*  
*Frieden und Wissenschaft*

**III/1996**

**Dialog**  
**Wissenschaft – Gesellschaft – Politik – Kultur**

**Universitätsverlag Rasch Osnabrück**

**Dagmar Stockmann**

## **Mittelosteuropa<sup>1</sup> – Zukunftspartner oder Hilfsempfänger?**

»Freimütig auch unheilschwangere Tatbestände aufzuzeigen, war noch nie so nötig wie heute; denn es scheint, wir haben den Escapismus, die Flucht vor der Wirklichkeit, zu einem Denksystem entwickelt. [...] Die Tatsachen und die Folgerungen [...] sind sicher weder erfreulich noch tröstlich. Jedoch sie sind nicht defaitistisch. Ein Defaitist ist, wer mit den Lippen sich zum Christentum und all den anderen Werten unserer Kultur bekennt und dennoch sich weigert, zu ihrer Verteidigung zu den Waffen zu greifen, gleichviel ob er ihren Untergang als eine selbstverständliche Gewißheit ansieht oder sich mit nichtigen Hoffnungen täuscht, wo keine Hoffnung ist. Denn heute ist eine jener Situationen, in denen Optimismus nichts ist als eine Form der Pflichtvergessenheit.«

Joseph A. Schumpeter

Die Entwicklung der Lage im westlichen wie im östlichen Teil des Kontinents hat Gesamteuropa als Idee und als Ordnungsrahmen wiederbelebt. Die Rahmenbedingungen der künftigen Einheit Europas bilden eine Mischung von alten, aus der Phase der Teilung stammenden Elementen, transitorischen Strukturen und Strukturen der Erneuerung und neu zu entwickelnden Formen der Kooperation.

Das Charakteristikum der Nachkriegszeit in Europa war seine Teilung in zwei Blöcke, den Ostblock und den Westblock (der durch die NATO und innerhalb der NATO zunehmend durch die Europäische Gemeinschaft organisiert wurde). Diese Blockbildung war durch den Vorrang zweier Weltmächte geprägt, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, mit der Folge, daß die Blockpartner, vom Westen her gesehen die Satellitenstaaten im Osten und vom Osten her gesehen die NATO-Staaten im Westen, eine relativ geringe Verantwortung hatten. Diese geringe Verantwortungsmöglichkeit hat auch zur Abnahme der Verantwortungsfähigkeit geführt.

Die Europäische Gemeinschaft, entstanden aus der Aufgabe des gemeinsamen Aufbaus und weiterentwickelt aus dem gemeinsamen Nutzen, der in diesem Aufbau lag, steht nun vor dem Problem, sich unter Einbeziehung der osteuropäischen Dimension neu zu orientieren. Die osteuropäischen Staaten haben die Fesseln des realsozialistischen Systems gesprengt und den Weg zur Überwindung der Teilung Europas freigemacht. Die vom Westen zu Zeiten des Kalten Krieges demonstrierte Verbundenheit kann nun eingelöst werden. Die entscheidenden Hürden – Warschauer Pakt und Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe – existieren nicht mehr, der Zugehörigkeit der Osteuropäer zum europäischen Traditionsverbund steht nichts mehr im Wege. Die Bedrohung aus dem Osten in Gestalt des hegemonialen sowjetsozialistischen Systems besteht ebenfalls nicht mehr, so

---

<sup>1</sup> Unter der Bezeichnung Osteuropa sind im weiteren alle ehemaligen europäischen RGW-Staaten mit Ausnahme der ehemaligen DDR gemeint. Das Gemeinsame dieser Staaten besteht in der Bewältigung des Umbruchs von der Zentralverwaltungswirtschaft zur Marktwirtschaft, bei durchaus unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedingungen. Der Terminus Mittelosteuropa, wie er von der EU geprägt wurde, meint jene osteuropäischen Staaten, mit denen die EU Assoziationsverträge abgeschlossen hat.

daß die osteuropäischen Staaten mit der Friedensdividende rechnen, um ihren politischen Willen zu Demokratie und Marktwirtschaft materiell und institutionell umsetzen zu können. Sie erwarten, daß die in den 45 Jahren nach der faktischen Teilung Europas von Westeuropa immer wieder beschworene Einheit des ganzen Kontinents nun auch verwirklicht wird.

Die europäische Wiedervereinigung bietet die Möglichkeit zur Erneuerung Europas im ganzen. Das Hinzukommen Osteuropas muß als Chance begriffen werden, verkrustete Strukturen aufzubrechen, um die lebendige Vielfalt des Kontinents wohlstandsfördernd zu nutzen. »Die Beibehaltung der gewohnten Strukturen und Denkweisen trotz des historischen Bruchs verringert ihre bisherige Wirkung nicht nur. Sie verkehrt die gewünschten und erwarteten Wirkungen häufig in ihr Gegenteil.«<sup>2</sup> Mit dieser Einsicht markiert Kurt Biedenkopf den wichtigsten Zusammenhang zwischen Einheit und Erneuerung in Deutschland, der sich wohl gleichbedeutend auf die europäische Dimension übertragen läßt.

Die Europäische Gemeinschaft steht in der Verantwortung, zur Neugestaltung Europas einen substantiellen Beitrag zu leisten, die Eingliederung Osteuropas politisch und wirtschaftlich mitzugestalten. Zugleich hat Westeuropa ein wohlverstandenes Eigeninteresse an einer sozialen, ökonomischen und politischen Gesundung Osteuropas: wirtschaftliche Interessen am osteuropäischen Markt, sicherheitspolitische Interessen an der Stabilität in Osteuropa, wirtschafts- und sozialpolitische Interessen an einer Vermeidung größerer Wanderungsbewegungen von Ost nach West. Das heißt, Westeuropa muß bereit und in der Lage sein, den Wandel in Osteuropa institutionell und finanziell zu unterstützen und zu befördern. Wenn diese Leistungen nicht erbracht werden, wird ein neues Sicherheitsrisiko für den Kontinent entstehen, wird der Wohlstand mittelfristig auch im Westen gefährdet. Der multipolare Frieden in Europa wird kostbarer und teurer sein als die Bipolarität. Er wird größere Anstrengungen erfordern, politisch, wirtschaftlich und kulturell.

Die Europäische Union hat sich zu der Notwendigkeit bekannt, die Staaten Osteuropas zu integrieren. Aber offensichtlich ist die baldige Vollmitgliedschaft osteuropäischer Staaten in der Europäischen Union in ihrer gegenwärtigen Organisationsstruktur unrealistisch. Notwendig ist jetzt ein Plan für eine Phase der Annäherung zwischen Ost und West, während der die Osterweiterung der EU im Sinne einer Neuorientierung ernsthaft vorbereitet werden kann.

»Die Formel der Sozialen Marktwirtschaft bedeutet nicht, daß man den pragmatischen Weg, alles aus der jeweiligen Lage sich wirken und bestimmen zu lassen, wählt. Sie weist vielmehr einen konstruktiv bedachten dritten Weg, die konfliktreiche Situation innerhalb einer gemeinsamen Ordnung im Rahmen des Möglichen zu überwinden.

So gesehen, müssen wir auch in Europa an eine geistige Anstrengung herangehen, das Fundament unserer Wirtschaftsordnung tiefer zu begreifen, und die Integrationsformel für eine Gesamtordnung suchen. Das setzt freilich voraus, daß wir im eigenen Haus beginnen und uns abgewöhnen, die Soziale Marktwirtschaft als eine angenehme, leichte Formel zu sehen, die durch einen unbestrittenen Erfolg hinlänglich abgedeckt ist. Diese Formel enthält mehr; sie will eine Antwort sein auf die Herausforderung, die unsere Zeitlage stellt, in einer freien Ordnung und in einer Zeit unvergleichlicher Dynamik von Technik und Wirtschaft das volle Gewicht ihrer sozialen und strukturellen Aufgabe geltend zu machen. [...]

Eine Gesamtordnung kann in der Praxis der Politik wie im Bewußtsein der Menschen, die sie anspricht, nur bestehen, wenn sie Leitbilder setzt und zeitgerechte Methoden entwickelt. Nur aus dem Vertrauen in das geistige Fundament unserer Gesamtordnung und in deren

<sup>2</sup> Kurt Biedenkopf. *Einheit und Erneuerung*. Stuttgart 1994.

Zukunft kann die Hoffnung erwachsen, die Aufgaben der Gegenwart nach dem Maß unserer Kräfte sachgerecht zu erfüllen.«<sup>3</sup>

Diese von Alfred Müller-Armack formulierten grundsätzlichen politischen und ökonomischen Aspekte einer Europastrategie haben in ihrer Aktualität nichts eingebüßt. Die Menschen in den Ländern Osteuropas verstehen eine EU-Mitgliedschaft als wichtigen Faktor für den politischen und ökonomischen Stabilisierungsprozeß und als zentrale Unterstützung des Transformationsprozesses. Nach ca. fünf Jahren seit Beginn der Reformen ist es offensichtlich, daß die ehemaligen Zentralverwaltungswirtschaften den schwierigen Prozeß der Umstrukturierung zu Marktwirtschaften allein, ohne die konstruktive Hilfe und Unterstützung der entwickelten Industrieländer nicht bewältigen können. Die ökonomische Neuorientierung in Richtung auf eine wettbewerbsfähige Marktwirtschaft bedarf solange westlicher Hilfe, bis sich ein marktwirtschaftliches System auf eigener Grundlage entwickelt und etabliert hat.

Westliche Hilfe ist ebenfalls notwendig, um den politisch konsequenten Prozeß der Transformation zu unterstützen sowie für die soziale Abfederung der Härten dieses Prozesses. Eine realistische Reformstrategie in Richtung auf die Etablierung einer marktwirtschaftlichen Ordnung setzt allerdings voraus, daß im Westen selbst ein Konsens für eine solche Strategie gefunden wird. Es ist unrealistisch, die eigenen Wertvorstellungen und Normen auf den Osten übertragen zu wollen. Der Reformprozeß muß zu seinem Gelingen auch die überkommenen Traditionen und Wertvorstellungen in den osteuropäischen Ländern berücksichtigen. Die Option einer einseitigen Anpassung der beitragswilligen osteuropäischen Staaten an die Europäische Union könnte sich als verfehlt erweisen. Unberücksichtigt bleibt, wie sich die EU und ihre Mitgliedsländer an die zukünftigen osteuropäischen Partner anpassen wollen.

Die westlichen Demokratien sehen sich einem Modernisierungsdruck ausgesetzt, auf den sie nicht vorbereitet waren und dem sie sich auch gegenwärtig nicht gewachsen zeigen. Die Europäische Union als internationale europäische Organisation hat seit ihrer Gründung spezifische Aufgaben, die den Bedingungen der Zeit *vor* den Umbrüchen in Osteuropa entsprachen. Das war in erster Linie die Integration der Kernländer Westeuropas. Nunmehr stellt sich die Frage, inwieweit eine fortschreitende europäische Integration unter Einbeziehung der osteuropäischen Transformationsländer in den Integrationsprozeß möglich sein kann. Eine Antwort darauf kann nicht eine aktualisierte Ostpolitik des Westens sein. Eine neue, gemeinsame Europapolitik im Sinne einer gesamteuropäischen Verantwortungsgemeinschaft ist gefragt. Offensichtlich besteht das Hauptproblem darin, ob die EU-Mitgliedsländer die osteuropäischen Länder überhaupt aufnehmen wollen und wie sich die Europäische Union in Zukunft entwickeln soll. Angesichts der beharrlichen Bemühungen um die Vertiefung des westeuropäischen Integrationsprozesses in Richtung auf die Währungsunion scheint die osteuropäische Dimension nach wie vor ausgeklammert. Mangelnde Einsichten in die Notwendigkeit einer Neuorientierung der europäischen Integration mit dem Ziel nationaler Wohlfahrt und politischer Stabilität könnten die gedeihliche Entwicklung Europas gefährden.

Die existentielle Verantwortung der entwickelten Marktwirtschaften für die Sicherheit und den Frieden der ehemaligen Ostblockstaaten ist unbestreitbar. Die Menschen erleben den Systemumbruch, die lang ersehnte Freiheit unter ungewöhnlichen sozialen Här-

---

<sup>3</sup> Alfred Müller-Armack. *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft, zur Europäischen Integration*. Freiburg 1960, 315.

ten, sie erleben Freiheit in Form von ökonomischem Niedergang, gesellschaftlicher Entsolidarisierung. Wenn es nicht gelingt, die dringendsten ökonomischen und finanziellen Probleme in den Griff zu bekommen und den Weg zu nationaler Wohlfahrt zu beschreiben, wird die Gefahr der Destabilisierung Osteuropas zunehmen und mit ihr Westeuropas. Denn die Gefahr der Destabilisierung ist heute primär nicht mehr eine militärische, sondern eine wirtschaftliche Frage.

So muß westliche Hilfe vor allem darauf orientiert sein, kooperationsfähige Strukturen aufzubauen, den östlichen Partnern Marktzugänge zu eröffnen und beide Seiten so in eine fruchtbare Zusammenarbeit zu bringen. Auf diese Weise können marktliche Strukturen entstehen, die den Prozeß der Wertschöpfung unterstützend beeinflussen. Vor allem über beiderseitig vorteilhafte Handels- und Wirtschaftsbeziehungen (gemäß der Formel: Trade not aid!) und weniger über nicht zweckgebundene Finanzhilfen können die osteuropäischen Länder in die Lage versetzt werden, wettbewerbsfähige Volkswirtschaften zu entwickeln.

Es steht zu befürchten, daß die politische Teilung Europas abgelöst wird durch eine ökonomische, in deren Folge Osteuropa zum »Hinterhof« Westeuropas degradiert wird. Anzeichen für eine derartige Form einer neokolonialen Arbeitsteilung sind unverkennbar.

Aufgabe der nun folgenden ökonomischen Betrachtung soll es sein, Marktbedingungen zu identifizieren, unter denen die Transformation in ausgewählten mittelosteuropäischen Ländern verläuft und daraufhin zu untersuchen, ob diese Bedingungen geeignet sind, den Prozeß der Herausbildung marktlicher Strukturen zu befördern. Es sei vermerkt, daß diese Analyse nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

Der in Gang gesetzte Prozeß des Umbruchs in Wirtschaft und Gesellschaft der Länder Osteuropas mit dem Ziel, den Übergang vom System der Zentralverwaltungswirtschaft zu einem marktwirtschaftlichen System (Transformation<sup>4</sup>) zu vollziehen, stellt die ökonomische Theorie vor eine neuartige und komplizierte Fragestellung. Es gibt keine historischen Erfahrungen, keinen historischen Vergleich. Im Unterschied zu den westlichen Marktwirtschaften, die sich allmählich entwickelt haben und deren Veränderungen meist in kleinen Bewegungen erfolgten, haben sich die osteuropäischen Länder die Aufgabe gestellt, eine marktwirtschaftliche Ordnung praktisch aus dem Stand heraus zu schaffen. Anders als in den westeuropäischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg können die osteuropäischen Staaten nicht dort anfangen, wo sie vor 40 oder 50 Jahren waren.<sup>5</sup> Sie mußten die Transformation beginnen, ohne auch nur auf ein Minimum an marktorientierten Institutionen aufbauen zu können. Es gab nur wenige Experten, die sich mit den realen Bedingungen und Voraussetzungen für einen Übergang von der Zentralverwaltungswirtschaft zur Marktwirtschaft auseinandergesetzt hatten und daraus eine rationale Strategie hätten entwickeln können. Die gängige Politik- und Wirtschaftsberatung ging davon aus, daß die Marktwirtschaft eingeführt werden könne. Sehr bald stellte sich heraus, daß die Etablierung einer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht mit einem juristischen und institutionellen Akt zu bewältigen ist. Internationaler Währungsfonds und Weltbank hatten die Überwachungs- und Steuerungsfunktion für den ökonomischen

---

<sup>4</sup> »Transformation von Wirtschaftssystemen soll hier jener durch politischen Gestaltungswillen und politisches Handeln ausgelöste Prozeß heißen, der durch eine Substitution gegebener ordnungskonstituierender Merkmale durch andere einen »qualitativen« Sprung derart bewirkt, daß es zu einer Ablösung des alten Systems durch ein neues kommt.« Norbert Kloten. *Die Transformation von Wirtschaftsordnungen. Vorträge und Aufsätze*. Tübingen 1991, 8–9.

<sup>5</sup> Und trotzdem brauchten die westeuropäischen Staaten Jahrzehnte, um das heutige, verflochtene marktwirtschaftliche System zu schaffen.

Transformationsprozeß übernommen und übertragen monetäre, finanzpolitische Instrumentarien – Resultat jahrzehntelanger Erfahrungen in den westlichen Industrieländern – auf den Entwicklungsprozeß in Osteuropa. Es wurde außer acht gelassen, daß diese Instrumentarien den Erfordernissen volkswirtschaftlicher Strukturen hinsichtlich ihrer *Umwandlung* nicht entsprechen und auch nicht entsprechen konnten. Wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen und deren negative Folgen sind somit unausweichlich.

Die Anpassungsprogramme des IWF für die osteuropäischen Reformstaaten sahen einen hohen Grad der außenwirtschaftlichen Öffnung und die rasche Umstellung des Wechselkurssystems gleich zu Beginn der Reformen vor: die Preisfreigabe, die schnelle Öffnung zum Weltmarkt, die einen weitgehenden Abbau von Import- und Exportkontrollen, eine Konvertibilisierung der Währung in bezug auf Leistungsbilanztransaktionen sowie eine erhebliche Liberalisierung des Kapitalverkehrs zum Inhalt hatte. Mit anderen Worten, weitreichende außenwirtschaftliche Reformen standen im Gegensatz zu den noch nicht wirksam gewordenen binnenwirtschaftlichen Reformen. Mit der Verabschiedung von Gesetzen zum Steuersystem, zur Trennung von Geschäftsbank- und Zentralbankfunktionen sowie zur Privatisierung von Staatsbetrieben wurden ebenfalls gleich zu Anfang wichtige Maßnahmen in die Wege geleitet. Aber das Wirksamwerden dieser Reformen setzt entsprechende Marktbedingungen voraus, die sich erst entwickeln müssen.

»So bedarf die Umstellung des fiskalischen Systems einer Verbreiterung der formellen Rechnungslegung in den Betrieben, der Zunahme formeller Beschäftigung, einer Ausweitung der auf offiziellen Märkten gehandelten Gütervolumina. Die Zweistufigkeit des Finanzsystems bedarf der Lösung des Bestandsproblems, um die Zentralbank aus der Rolle eines Lenders of Permanent Resort entlassen zu können. Und schließlich setzt die Privatisierung eine Restrukturierung der Betriebe voraus, wenn nicht bisherige fiskalische Einkommensquellen zu Schleuderpreisen veräußert werden sollen. Insofern ist davon auszugehen, daß bis heute weder die Budgetkonsolidierung noch die Reform des Finanz- und Unternehmenssektors abgeschlossen sind.«<sup>6</sup>

Die negativen Folgen einer solchen Strategie, alle Reformen gleichzeitig in die Wege leiten zu wollen, waren unvermeidlich. Infolge der raschen Außenhandelsliberalisierung kam es zu einem drastischen Einbruch der Produktion, der in den einzelnen Ländern unterschiedlich ausfiel. Die Industrieproduktion ging um 30–50% zurück, die Preise stiegen um bis zu 600%, die Realeinkommensverluste der Bevölkerung waren beträchtlich. In keinem der Reformländer konnte bis jetzt das Produktionsniveau der Zeit vor dem Umbruch erreicht werden. In Ungarn ist allein im Zeitraum von 1990 bis einschließlich 1992 das Bruttoinlandsprodukt um 20% zurückgegangen. Zu den größten Verlierern im Zuge des Übergangs gehörten die Branchen Metallurgie und Metallverarbeitung sowie der Maschinenbau in Ungarn. Ihr Produktionsvolumen betrug Ende Juli 1994 nur etwa 60% des Monatsdurchschnittes von 1985. Im Bergbau und in der Textil- und Bekleidungsindustrie bewegt sich das Produktionsvolumen bei etwa 48% bzw. 44% des Wertes von 1985.<sup>7</sup>

Den durch die außenwirtschaftliche Öffnung ausgelösten Wettbewerbsdruck versuchten die Reformstaaten durch wiederholte starke Abwertungen ihrer Währungen zu bewältigen. Die künstlich niedrig gehaltenen Wechselkurse haben jedoch die realen Auf-

<sup>6</sup> Waltraud Schelkle. »Die Marktconstellation der zentralosteuropäischen Reformprozesse«. Jens Hölscher, Anke Jacobsen, Horst Tomann, Hans Weisfeld (Hg.). *Bedingungen ökonomischer Entwicklung in Zentralosteuropa. Bd. 2: Wirtschaftliche Entwicklung und ökonomischer Wandel*. Marburg 1994, 122.

<sup>7</sup> Zoltan Walko. »Ungarn. Wachstum, das zu teuer kommt?« *Osteuropa Perspektiven* Oktober/November 1994. Wien: Investmentbank Austria Research, 5.

wertungen der letzten Jahre nicht kompensieren können. Alle osteuropäischen Währungen sind zur Zeit noch erheblich unterbewertet, so daß Ausländer in Osteuropa Waren und Dienstleistungen preiswerter als Inländer einkaufen können. Der nominale Wechselkurs liegt beispielsweise in Ungarn bei 60% und in der Tschechischen Republik bei 40% der Kaufkraftparität.<sup>8</sup>

Tab. 1: Volkswirtschaftliche Hauptindikatoren

		Polen	Slowakische Republik	Tschechische Republik	Ungarn
BIP real Veränd. %	1991	-7,6	-14,0	-14,0	-11,9
	1992	2,6	-7,0	-7,1	-4,5
	1993	3,8	-4,1	-0,3	-2,3
	1994	5,0	4,8	2,7	2,0
Ind.prod. Veränd. %	1991	-11,9	-25,4	-25,4	-11,8
	1992	4,2	-13,7	-13,7	-10,1
	1993	6,2	-10,6	-5,0	4,0
	1994	11,9	6,4	2,2	9,2
Inflationsrate %	1991	70	61,9	58,7	35,0
	1992	43	10,1	11,2	23,0
	1993	35	23,2	20,7	22,5
	1994	32	11,7	10,0	19,0
Arbeitslosenrate %	1991	11,8	11,8	n.V.	7,5
	1992	13,6	10,4	2,6	12,3
	1993	15,7	14,4	3,8	12,9
	1994	16,0	14,8	3,2	11,0

1994: vorläufige Werte

Quelle: *Central European Quarterly* III/1995. Hg. Creditanstalt Bankverein, Wien, 3-32.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Inflation (vgl. Tab. 1) wären erneute nominale Abwertungen nötig, um den realen Wechselkurs stabil zu halten. Andererseits kann die Abwertung zu Restriktionen bei dringend benötigten Einfuhrgütern führen. Eine Abwertungspolitik verbessert die Chancen der Exportwirtschaft. Allerdings verteuern sich im gleichen Ausmaß die Importe, und in der Folge schlägt sich die importierte Inflation leicht verzögert in den Exportpreisen nieder. Der Wechselkurs erweist sich somit als ungeeignetes wirtschaftspolitisches Instrument zur Stabilisierung. Wird versucht, den nominalen Wechselkurs konstant zu halten, wird die Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft beeinträchtigt. Soll der reale Wechselkurs stabil bleiben, wird der inflationäre

<sup>8</sup> Hans-Jürgen Krupp, Präsident der Landeszentralbank für Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein im *Handelsblatt* vom 14. November 1994.

Druck über die Importseite noch erhöht. Im Gefolge der Abwertungspolitik mußten 1993 die Slowakei, Ungarn, Polen, Bulgarien und Rumänien Leistungsbilanzdefizite hinnehmen, die auf Dauer nicht finanzierbar sind. Positiv konnte noch die Tschechische Republik bilanzieren, da die Einnahmen aus dem Tourismus die Lücke in der Leistungsbilanz schließen konnten (vgl. Tab. 2).

Tab. 2: Außenhandel

		Polen	Slowak. Rep.	Tschech. Rep.	Ungarn	Bulgarien	Rumänien
Warenexporte Mio. US\$	1992	13.997	n.V.	8.760	10.705	n.V.	n.V.
	1993	13.585	5.082	13.077	8.907	3.700	4.900
	1994	16.950	6.735	14.295	10.701	4.200	5.900
Warenimporte Mio. US\$	1992	13.485	7.318	10.370	11.079	n.V.	n.V.
	1993	15.878	5.910	12.734	12.530	4.200	6.000
	1994	17.786	6.608	14.731	14.554	4.300	6.300
Handelsbilanz Mio. US\$	1992	512	-583	-1.576	-374	n.V.	n.V.
	1993	-2.293	-828	343	-3.623	-500	-1.100
	1994	-836	127	-436	-3.853	0,0	-300
Leistungsbilanz Mio. US\$	1992	-269	-3	-226	324	n.V.	n.V.
	1993	-2.329	-698	-226	-3.453	-1.100	-1.200
	1994	-944	-98	0,0	-3.911	100	-400

1994: vorläufige Werte

Quelle: *Central European Quarterly* III/1995, 3-32.

So hat die hohe Abwertung der tschechischen Krone zu Beginn des Reformprozesses zwar die Exporte gefördert, jedoch hauptsächlich von jenen Produkten, die vornehmlich über den Preis verkauft werden. Die Struktur des tschechischen Außenhandels hat sich folglich in den letzten Jahren verschlechtert, gleichzeitig wurden jedoch auch die Importe von technologieintensiven Investitionsgütern behindert. Die Abwertung hat daher einerseits zu einer Entlastung der tschechischen Wirtschaft geführt, andererseits jedoch den Strukturwandel verzögert. Die aktuell zutage getretene Exportschwäche der Tschechischen Republik löst gegenwärtig im Land heftige Diskussionen über die Einführung einer Exportförderung aus.<sup>9</sup>

Es ist erstaunlich, daß die Erfahrungen der westeuropäischen Länder in den Nachkriegsjahren nicht berücksichtigt wurden. In keinem dieser Länder war eine rasche außenwirtschaftliche Öffnung Teil der Anpassungsprogramme. Sowohl handelsprotektionistische Maßnahmen als auch erhebliche Restriktionen in bezug auf den Kapitalver-

<sup>9</sup> Außerdem verteuert sich bei Abwertungen der Währung der Schuldendienst an die westlichen Kreditgeber.

kehr blieben bis weit in die 50er Jahre im Falle der Bundesrepublik Deutschland, bis weit danach im Falle der meisten anderen Länder erhalten.<sup>10</sup>

Die Rekonstruktion und Restrukturierung der Wirtschaft, die Ausdehnung von Produktion, Einkommen und Handel sind die dringlichsten Aufgaben zur Wiederherstellung und Stabilisierung der Volkswirtschaften in Osteuropa. Ein Aufholprozeß muß in Gang gesetzt werden, der es ermöglicht, die nachholende Entwicklung marktwirtschaftlicher Systeme zu gestalten, sofern dies überhaupt möglich ist. Das spezifische Problem der Transformation besteht also darin, marktwirtschaftliche Verhältnisse, d. h. »einen monetär gesteuerten Prozeß der Produktion und Einkommensbildung in Konkurrenz zu entwickelten Marktwirtschaften zu etablieren«.<sup>11</sup> Dafür ist eine wirtschaftspolitische Strategie zu entwickeln, die sich an den konkreten Entwicklungsbedingungen und -erfordernissen dieser Länder orientiert. Die von IWF und Weltbank geforderte und demzufolge praktizierte restriktive Geldpolitik mit dem Ziel der monetären Stabilisierung setzt eine entwickelte Marktwirtschaft voraus und vernachlässigt die Aufgabe der Konstitution einer Marktwirtschaft.

Die Notenbanken in den mittelosteuropäischen Staaten stecken in einem Dilemma. Das von ihnen angewandte Instrumentarium marktwirtschaftlicher Ordnungen trifft nicht auf die entsprechenden marktlichen Strukturen in der Volkswirtschaft. Geld ist nur knapp, weil und wenn ein Überschuß an Gütern produziert wird. Restriktive Geldpolitik, also Politik des knappen Geldes, macht nur Sinn, wenn der Prozeß der Produktion und Einkommensbildung als gegeben unterstellt wird. Eine restriktive Geldpolitik unter den Bedingungen der mittelosteuropäischen Länder reduziert durch zu hohe Zinsen die Geldnachfrage, erschwert auch entwicklungsfähigen Unternehmen den Zugang zum Kredit. Dadurch vertieft sie die Rezession noch mehr als das durch reine Strukturanpassung gegeben wäre und verhindert gleichzeitig das Wachstum der Produktion sowie die Entstehung des Prozesses der Einkommensbildung. Ökonomische Dynamik und deren Einkommenseffekte führen zu monetärer Stabilität und nicht umgekehrt, wonach Stabilitätspolitik Voraussetzungen für Entwicklung schafft. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an Schumpeters »credit-based concept of accumulation«, nach der das Kapital als ein »Fonds von Kaufkraft« und der Kredit als Motor der industriellen Entwicklung zu betrachten ist. Diese Kredittheorie resultierte aus seiner scharfsinnigen Interpretation der wirtschaftlichen Triebkräfte der Wachstumsphase in der Belle époque (Österreich 1885–1914). Die Mobilbanken steuerten das Gros der liquiden Mittel bei und lieferten so den bei weitem größeren Teil der finanziellen Mittel für die spektakuläre Expansion der Volkswirtschaft in einer Entwicklungsphase, die man als die zweite österreichische Gründerzeit bezeichnen könnte.<sup>12</sup> Auch beim Wiederaufbau der Volkswirtschaften Deutschlands und Japans nach dem Zweiten Weltkrieg spielten breit diversifizierte Banken eine Schlüsselrolle. In den osteuropäischen Transformationsländern ist bei der Neuordnung

---

<sup>10</sup> »Eine interessengebundene Politik der Industrieländer wie mangelnde Einsichten der akademischen Profession in die Funktionsbedingungen einer Geldwirtschaft bilden die Ursache dafür, daß derzeit Weltmarktbedingungen herrschen, die die Wiederholung einer einkommensorientierten Entwicklung, wie sie Westdeutschland und Japan nach dem Zweiten Weltkrieg gelang, verbieten. Fälschlicherweise deduziert die Profession, ob in der neoklassischen oder postkeynesianischen Variante, ein Kapitalaufbringungsproblem, obwohl in Wahrheit ein Kapitalbildungsproblem vorliegt. Dieses Mißverständnis macht das historische Versagen der heute lebenden Generation aus.« Hajo Riese. »Einkommensbildung als Entwicklungsproblem«. Jens Hölscher et al, 55.

<sup>11</sup> Claus Thomasberger. »Monetäre Stabilisierung, das Problem der Fremdwährungsversorgung und Konvertibilität. Anmerkungen zu einigen Problemen der Konstitution einer Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa«. Jens Hölscher et al, 147.

<sup>12</sup> Joseph A. Schumpeter. *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmerrgewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus*. München, Leipzig 1926, 170

des Finanzsystems die Entwicklung von Geschäftsbanken als Partner der Unternehmen vernachlässigt worden. Die relativ rasch errichteten Wertpapierbörsen und Kapitalmarktinstitutionen erweisen sich als ungeeignet, die Grundbedürfnisse, z. B. die Kreditvergabe für Betriebsmittelzwecke oder produktive Investitionen, abzudecken. Erst die engen Beziehungen zwischen leistungsfähigen Geschäftsbanken und Unternehmen schaffen die Voraussetzungen für Produktion und Einkommensbildung.

Die bisherige Praxis zeigt, daß die Transformation in den osteuropäischen Staaten nicht allein den Marktkräften überlassen bleiben kann. Die historischen Erfahrungen zumindest der westeuropäischen Staaten legen nahe, daß dem Staat die Aufgabe zufällt, »Bedingungen herzustellen, unter denen sich funktionsfähige Marktformen und Geldordnungen entfalten können.«<sup>13</sup> Um so mehr bedürfen die osteuropäischen Volkswirtschaften zur Bewältigung der Transformationsprozesse einer aktiven staatlichen Wirtschaftspolitik. In der Tat machen staatliche Regulierungen Sinn, wenn der Übergang zur Makrosteuerung in wichtigen Kernbereichen der Volkswirtschaft noch gelingen muß. Vorrangige Aufgabe der Wirtschaftspolitik in den Reformstaaten ist zunächst die Etablierung einer funktionierenden, leistungsfähigen Wirtschaft und nicht die des Marktes. Die wachsende Unzufriedenheit der Menschen setzt die Regierungen in den betreffenden Staaten unter starken Zeit- und Erfolgsdruck. Die entwickelten Marktwirtschaften des Westens sind gefordert, eine breitere Akzeptanz für die ökonomischen Interessen der östlichen Partnerstaaten aufzubringen und in ihrer Wirtschaftspolitik umzusetzen.

Mit dem Zusammenbruch des realsozialistischen Systems in Osteuropa hörten auch jene Hindernisse auf zu existieren, die die Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West, die wirtschaftliche Kooperation zwischen den Unternehmen sowie andere Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit erschwert und zum Teil unmöglich gemacht hatten. Nunmehr besteht die Chance, die im ökonomischen Instrumentarium liegenden Möglichkeiten zur Stabilisierung und ggf. Beschleunigung des Transformationsprozesses zu nutzen. Die Wahrnehmung der Vorteile der internationalen Arbeitsteilung ist eine grundlegende Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufholprozeß.

Betrachtet man Merkmale der Außenhandelsaktivität, dann wird der beträchtliche Rückstand Mittelosteuropas bei der Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung sichtbar. Die Exportquote, d. h. der Anteil der Auslandsnachfrage an der Entstehung des Sozialproduktes, beträgt bei Ungarn 37%, der früheren Tschechoslowakei 25% und Polen 19%. Die Bundesrepublik Deutschland mit ihrem sehr viel größeren und kaufkräftigeren Binnenmarkt hat immerhin eine Exportquote von 35%. Volkswirtschaften, mit denen sich die mittelosteuropäischen Länder eher vergleichen lassen, verfügen jedoch über eine weit höhere Exportquote. Sie liegt bei den Niederlanden, Belgien, Schweden und Österreich über 40%. Nur die ungarische Exportquote ist annähernd so hoch wie in den kleineren und vom Außenhandel entsprechend abhängigen westeuropäischen Ländern. Aber auch in Ungarn bleibt der Exportwert pro Kopf weit hinter diesen Vergleichsländern zurück. Die Ausfuhren pro Kopf der Bevölkerung liegen in Ungarn bei 1.584 DM, in der ehem. Tschechoslowakei bei 1.155 DM, in Polen bei 536 DM. In den Niederlanden liegt dieser Wert bei 14.396 DM, in Belgien und Luxemburg bei 18.509 und in Deutschland bei 8.370 DM (Angaben für das Jahr 1992).<sup>14</sup> Um diesem Stand näher zu kommen, müßte in den mittelosteuropäischen Staaten ein kräftiges Wirtschaftswachstum

---

<sup>13</sup> Walter Eucken. *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*. Hg. von E. Eucken und K. P. Hensel. 2. Aufl. Tübingen, Zürich 1955, 55.

<sup>14</sup> Statistisches Bundesamt (Hg.). *Datenreport 1994*. 408

einsetzen, wobei die Zuwachsraten der Ausfuhr über dem Wachstum der Binnenwirtschaft liegen müßten.

Die Auflösung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und die Abkehr vom Verrechnungssystem in transferablen Rubeln mit der Absicht, den gegenseitigen Handel in konvertibler Währung abzuwickeln, führte zum Zusammenbruch der Handelsbeziehungen. Allein im 1. Halbjahr 1991 gingen die Exporte in die ehemalige Sowjetunion gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in Polen um 76%, in Bulgarien um 58%, in Ungarn um 55%, in der Tschechoslowakei um 53% und in Rumänien um 28% zurück. Die russischen Ausfuhren in die osteuropäischen Staaten fielen um 55%, die Einfuhren um 63%. In Polen reduzierte sich der Export nach Osteuropa von Januar bis September 1991 um 88%, der Import ging sogar um 93% zurück.<sup>15</sup>

Da ein Großteil der osteuropäischen Produktionskapazitäten auf den Bedarf der RGW-Partner orientiert und am Weltmarkt weniger konkurrenzfähig war, konnten diese Ausfälle nicht durch eine entsprechend hohe Ausfuhr in die OECD-Staaten kompensiert werden. Da sie sich aufgrund der Außenhandelsliberalisierung dennoch am Weltmarkt behaupten mußten, waren sie gezwungen, ihre Währungen stark abzuwerten. Es gelang zwar weitgehend, die Exporte nach Westen umzuleiten<sup>16</sup> (und der Rückgang des Exportvolumens war relativ gering), aber von 1989 auf 1991 hatten aufgrund der neuen Außenhandelsverhältnisse nach Angaben des IWF die Tschechoslowakei eine Verschlechterung der Terms of Trade (Importpreise/Exportpreise) von 28% hinzunehmen, Polen von 25%, Ungarn von 10%. Zum Vergleich: Die OECD-Länder hatten nach dem ersten Ölschock 1973 und 1974 Terms of Trade-Verluste von durchschnittlich 12%, das am schwersten betroffene Japan von 26%.<sup>17</sup>

Eingliederung der Länder Mittelosteuropas in die internationale Arbeitsteilung bedeutet in erster Linie Verbindung mit dem westeuropäischen Wirtschaftsraum. Ein wirtschaftlicher Aufholprozeß erfordert die Anbindung an einen Wirtschaftsraum, der sich in dynamischer Entwicklung befindet und durch Hilfe bei Aufbringung und Verwendung des Kapitals und durch den Zugang zu seinen Märkten die entsprechenden Anreize für den wirtschaftlichen Strukturwandel geben kann. Unter Berücksichtigung der konkreten Entwicklungsbedingungen in den Transformationsländern sowie weltwirtschaftlicher Konstellation kann festgehalten werden, »daß die integrative Option die einzige Variante eines erfolgreichen Entwicklungsmodells für Zentraleuropa darstellt.«<sup>18</sup>

Aufgrund der Bedeutung Westeuropas für Mittelosteuropas Außenhandelsbeziehungen ist die Marktöffnungspolitik der Europäischen Union entscheidend. Zweifellos sind die Assoziationsverträge, die sog. Europa-Abkommen zwischen der EU und der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Slowenien ein erster wichtiger Schritt in Richtung auf eine Öffnung des europäischen Binnenmarktes. Zugleich haben die Verhandlungen gezeigt, wie zurückhaltend die EU-Mitgliedsländer bei der Marktöffnung in den Bereichen sind, in denen die mittelosteuro-

<sup>15</sup> Vereinte Nationen, ECE. *Wirtschaftswoche* 22 (1992) 34, 40. Zum Vergleich: Außenhandelsverflechtungen der RGW-Länder untereinander: CSSR, Bulgarien, DDR ca. 70% des Außenhandels mit RGW-Partnern; Ungarn, Polen, Rumänien ca. 40–45% des Außenhandels mit RGW-Partnern; Sowjetunion ca. 50% des Außenhandels mit RGW-Partnern.

<sup>16</sup> Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien steigerten ihre Ausfuhren in die EG-Staaten 1990 um 27%, 1991 um 18% und 1992 um 20%. Der Anteil Westeuropas am Export dieser Länder erhöhte sich auf ca. 50%.

<sup>17</sup> Hans Holzacker. »Transformation, Phase zwei: Von Liberalisierung und Stabilisierung zur Modernisierung«. *Ost-europa Perspektiven* April/Mai 1995. Wien: Investmentbank Austria Research, 6.

<sup>18</sup> Jens Hölscher. »Deutsche Erfahrungen und postsozialistische Entwicklungsmöglichkeiten«. Jens Hölscher et al, 177.

päischen Länder unmittelbar als Anbieter auftreten können. So wird der Marktzugang in den sog. sensiblen Bereichen Stahl, Textilien, Chemie, Kohle und Agrarerzeugnisse, also Bereiche, in denen Osteuropa konkurrenzfähig ist und demzufolge komparative Vorteile im Außenhandel wahrnehmen könnte, verengt. Besonders schwerwiegend sind die Handelshemmnisse für Agrargüter, die immerhin einen Anteil von über 20% an den EU-Ausfuhren Polens, Ungarns und Bulgariens haben. Anfang 1990 hatte die EG Polen und Ungarn in ihrer Handelspolitik den Status von Entwicklungsländern zugebilligt, was zu einer starken Steigerung der ungarischen und polnischen Ausfuhr von gewerblichen Erzeugnissen in die EG führte. Der in den Europa-Abkommen vorgesehene asymmetrische Abbau der Handelsschranken zugunsten der mittelosteuropäischen Staaten kann allerdings jederzeit beeinträchtigt werden.

Die EU-Mitgliedsländer haben die Möglichkeit, im Falle von »Marktstörungen«, d. h. wenn inländische Anbieter unter einen zunehmenden Importdruck geraten, von der »Safe-guard-clause« nach Art. 30 der Abkommen Gebrauch zu machen und den Import zu bremsen. Darüber hinaus können die EU-Mitgliedsländer den Güterstrom in Ost- und West-Richtung mit Antidumping-Zöllen, Quoten, Gesundheits- und Umweltnormen steuern. Es ist bemerkenswert, daß trotz des Exportschubs der Osteuropäer die EU-Staaten ihren Handelsbilanzüberschuß im Handel mit den mittelosteuropäischen Staaten von 1992 mit 2,5 Mrd. Ecu auf 5,6 Mrd. Ecu im Jahre 1993 verdoppelt haben.<sup>19</sup> Im Jahre 1990 gab es noch einen Importüberschuß in Höhe von 2 Mrd. DM.<sup>20</sup>

Die ausgehandelten Zollkontingente, die den sechs mittelosteuropäischen Staaten einen bevorzugten Zugang zu den EU-Märkten einräumen, und die gleichzeitige freiwillige Exportbeschränkung wirken im Agrarsektor kontraproduktiv. Zwar stiegen die EU-Agrarimporte aus dem Osten zwischen 1988 und 1993 um 24% auf rund 3,8 Mrd. DM. Doch im gleichen Zeitraum schnellten die Agrarausfuhren der EU nach Osten von 1,3 Mrd. auf 4,6 Mrd. DM.<sup>21</sup> Die hochsubventionierten Agrarexporte der EU bewirken z. B., daß die mittelosteuropäischen Anbieter auf ihren eigenen Märkten und denen ihrer Nachbarstaaten verdrängt werden. So ist die polnische Agrarerzeugung seit 1990 um über 25% zurückgegangen.<sup>22</sup> Allein im Jahre 1994 erwirtschaftete die EU auf dem Agrarsektor im Handel mit den osteuropäischen Staaten einen Handelsbilanzüberschuß in Höhe von 800 Mill. DM.<sup>23</sup>

Eine Intention der handelspolitischen Vereinbarungen in den Europa-Abkommen ist, daß die mittelosteuropäischen Staaten in die Lage versetzt werden, über den Warenaustausch mit der EU die dringend benötigten finanziellen Mittel für die Stabilisierung und Restrukturierung ihrer Volkswirtschaften zu erwirtschaften. Das ist bisher nicht gelungen. Vielmehr macht sich ein negativer Aspekt bemerkbar. Die sehr starke und fast einseitige Orientierung im Export auf die westlichen Märkte – zwischen 50 und 70% der Exporte gehen in die OECD – hat die osteuropäischen Länder in eine weitreichende Abhängigkeit von der konjunkturellen Situation, d. h. der Preis- und Nachfrageentwicklung auf jenen Märkten gebracht. Da bei den Ausfuhren Rohstoffe und Zwischenprodukte dominieren, ist der Beitrag zur inländischen Wertschöpfung unzureichend.

Der hohe Anteil von Branchen, die im Weltmaßstab an Bedeutung verlieren, ist für die mittelosteuropäischen Länder noch typisch. In Tab. 3 werden als »Wachstumsbranchen«

<sup>19</sup> »Statistisches EU-Amt Eurostat«. *Handelsblatt* vom 15. November 1994.

<sup>20</sup> In den Jahren vor 1990 haben die osteuropäischen Länder im Westhandel stets Überschüsse erzielt.

<sup>21</sup> »Weltbank«. *Handelsblatt* vom 23. Januar 1995.

<sup>22</sup> *Wirtschaftswoche* 18 (1995), 39.

<sup>23</sup> »Weltbank«. *Handelsblatt* vom 23. Januar 1995.

solche bezeichnet, die seit 1979 einen eindeutig wachsenden Anteil sowohl an den OECD-Exporten als auch -Importen haben. »Problembranchen« werden die Branchen genannt, die seit 1979 einen fallenden Anteil sowohl an den OECD-Exporten als auch -Importen haben.

Tab. 3: Exporte: Wachstums- und Problembranchen

Exporte, Anteile in %	OECD	Ungarn	Polen	Tsch. Rep.	Slow. Rep.
Wachstumsbranchen	28	26	20	14	23
Problembranchen	18	24	43	35	38

Branchen, die keine klare Entwicklung in die eine oder andere Richtung aufweisen, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt. Da bei »Erdöl und Erdölerzeugnissen«, bei »Gas« und auch bei der Gruppe »89 Sonstige Fertigwaren, anderswo nicht genannt«, die auch die Waffenexporte beinhaltet, politische Faktoren eine große Rolle spielen, wurden sie als Sonderfälle behandelt und daher ebenfalls nicht berücksichtigt.

Quelle: Hans Holzhacker. *Transformation, Phase zwei: Von Liberalisierung und Stabilisierung zu Modernisierung*. Wien: Investmentbank Austria Research, April/Mai 1995, 12.

Der Anteil der Wachstumsbranchen am Export der mittelosteuropäischen Länder macht entsprechend Tab. 3 zwischen 26% in Ungarn und 14% in der Tschechischen Republik aus. Der Anteil der Problembranchen liegt zwischen 24% in Ungarn und 43% in Polen. Bisher war der hohe Anteil von »Problembranchen« für Mittelosteuropa von Vorteil, weil diese Branchen in der Regel stark preis- und daher wechsellastische Güter produzierten. Daher konnte durch eine starke Unterbewertung der Wechselkurse im Verhältnis zu einem Kaufkraft-Paritäten-Kurs Exportförderung betrieben werden. Das hatte jedoch auch den Nachteil, daß die Unternehmen nicht gezwungen worden sind, höherwertige Produkte herzustellen und der Strukturwandel verzögert wurde. Durch die für die Zukunft zu erwartende reale Aufwertung – beschleunigt durch eine verringerte nominelle Abwertung oder Aufwertung – der mittelosteuropäischen Währungen wird dieser »Vorteil« abgebaut werden. Zugleich steigt die Importkonkurrenz, so daß nur die effizientesten Unternehmen überleben werden können. Das bedeutet für die Problembranchen, abgesehen von notwendigen Modernisierungen, wahrscheinlich auch Stilllegung von Anlagen und Personalabbau. Dieser Vorgang könnte durch das zum Teil aus der Vergangenheit »ererbte« Schuldenproblem<sup>24</sup> weiter verschärft und kompliziert werden. In der Tschechischen Republik, Polen, Ungarn und der Slowakischen Republik sind je nach Schätzung ein Sechstel bis ein Viertel aller ausstehenden Bankkredite uneinbringlich, zweifelhaft oder überfällig.<sup>25</sup> Dazu kommt das Fortbestehen eines großen Umfangs von Schulden zwischen den Unternehmen.

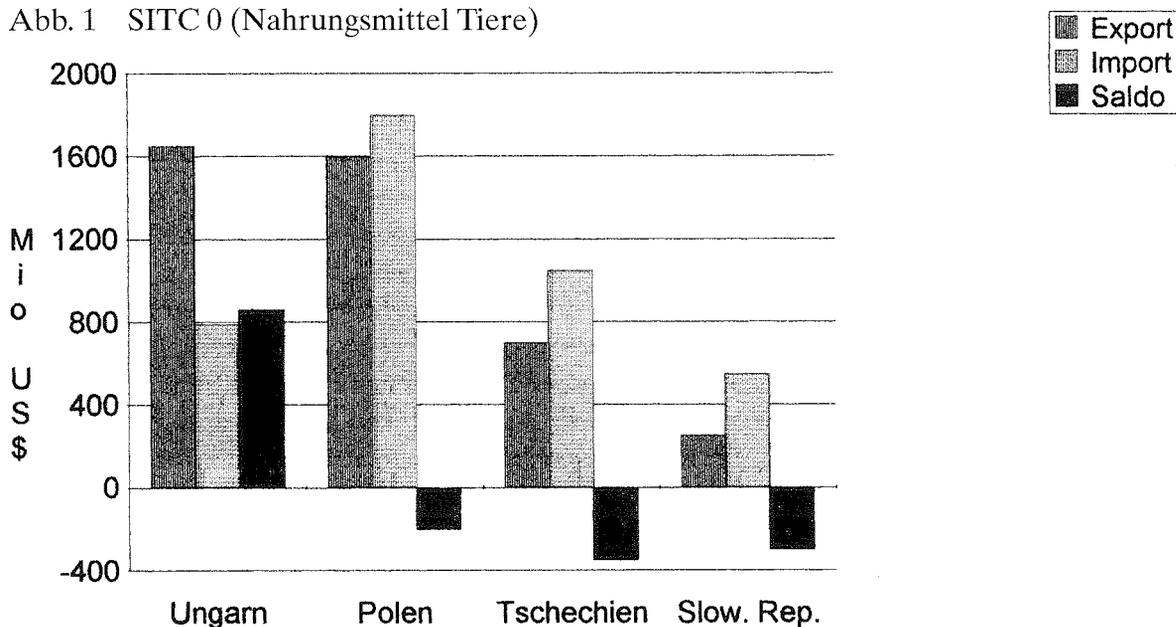
Die Abb. 1 bis 5 vermitteln einen Überblick über die Branchenstruktur der mittelosteuropäischen Länder nach der SITC-Klassifikation (SITC = Standard International Trade Classification) für das Jahr 1994. Bei den Branchen mit Exportneigung dominieren die SITC-Gruppen 6 (Bearbeitete Waren bzw. Zwischenprodukte) und 8 (Fertigwaren),

<sup>24</sup> »Dem Bestand an Verbindlichkeiten der Unternehmen entspricht ein Bestand an Forderungen der Banken, die ehemals lediglich administrative Verlängerungen der nationalen Planungs- und Finanzbehörden waren. [...] Im alten System besaßen diese Verbindlichkeiten nur buchhalterische Bedeutung und zeigten das fiskalische Potential des jeweiligen Staatsbetriebes an.« Schelkle, 111.

<sup>25</sup> Holzhacker, 12.

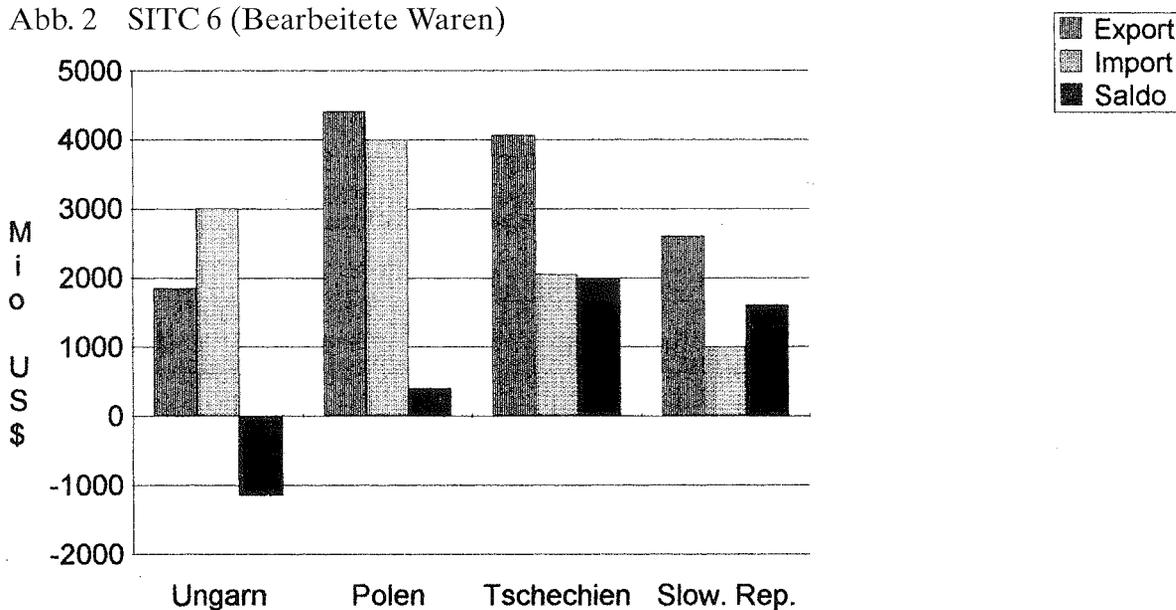
und sie sind eher im Low-tech-Bereich angesiedelt. Exportüberschüsse wurden vor allem in der SITC-Gruppe 6 (Untergruppen: Leder-, Kautschuk-, Holz-, Papierwaren, Textilien, Waren aus mineralischen Stoffen, Eisen und Stahl, NE-Metalle und Metallwaren) erzielt. Auch in der SITC-Gruppe 8 (sonstige Fertigwaren) konnten die mitteleuropäischen Länder Exportüberschüsse verbuchen, wobei anzunehmen ist, daß die Überschüsse bei Möbeln, Bekleidung, Schuhen erzielt wurden, hingegen bei Meßgeräten, Fotoapparaten und Uhren Defizite. Eine deutliche Sonderstellung hat nach wie vor Ungarn, das seine Exportüberschüsse in der SITC-Gruppe 0 (agrarische Produkte) erzielt.

Abb. 1 SITC 0 (Nahrungsmittel Tiere)



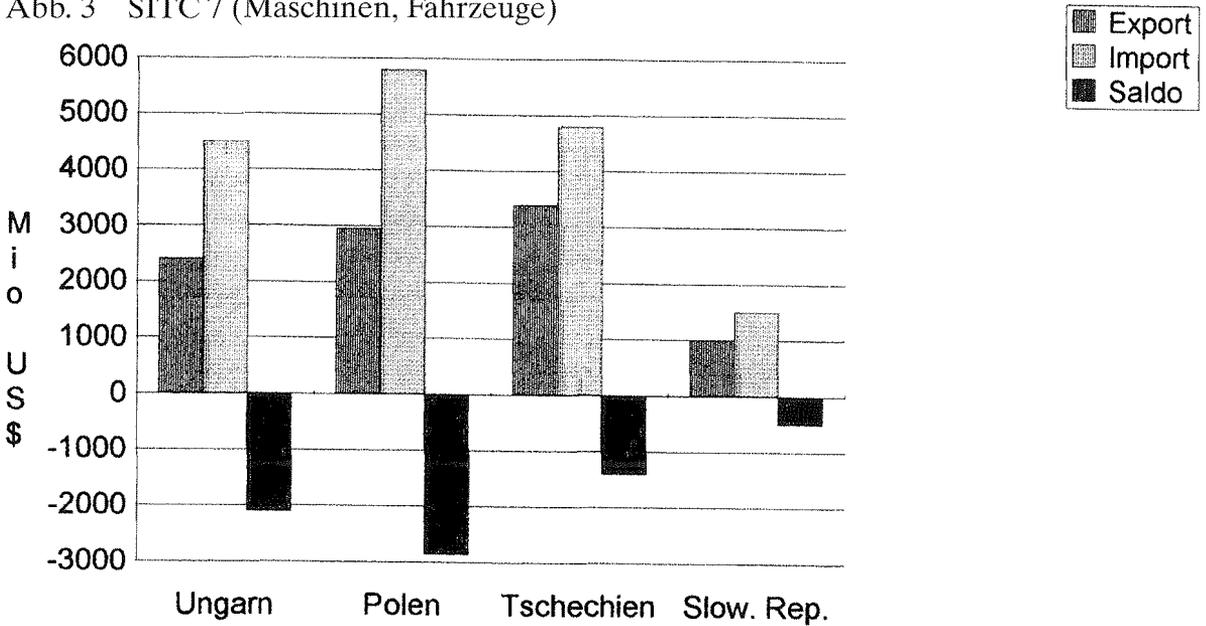
Quelle: *Osteuropa Perspektiven* April/Mai 1995. Wien: Investmentbank Austria Research, 10-16.

Abb. 2 SITC 6 (Bearbeitete Waren)



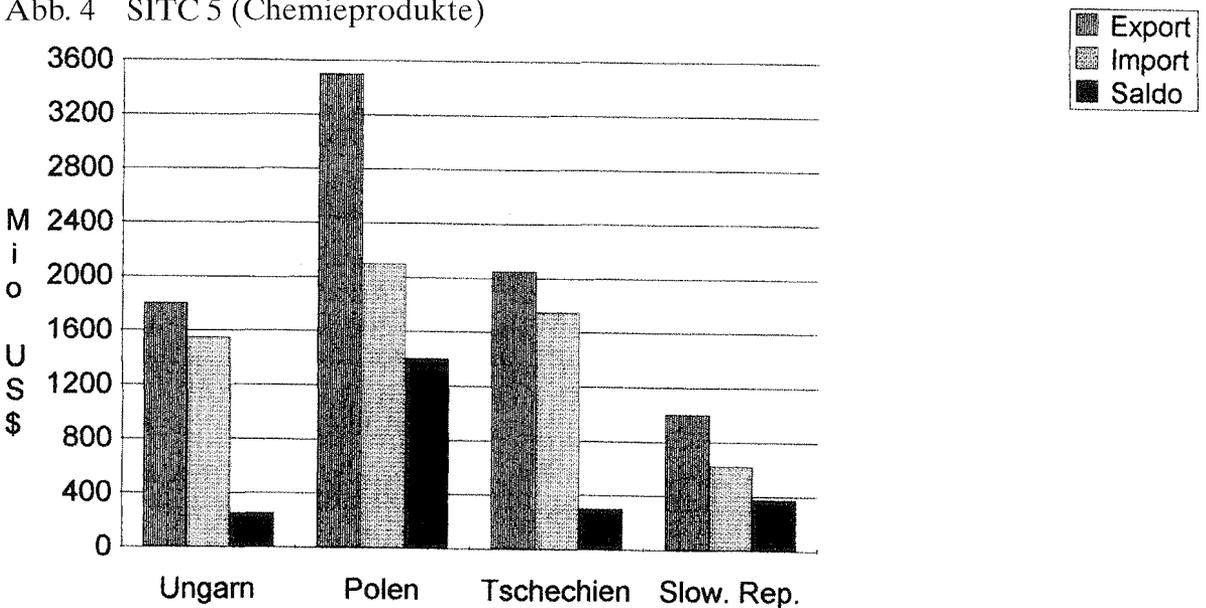
Quelle: *Osteuropa Perspektiven*, 10-16.

Abb. 3 SITC 7 (Maschinen, Fahrzeuge)



Quelle: *Osteuropa Perspektiven*, 10-16.

Abb. 4 SITC 5 (Chemieprodukte)

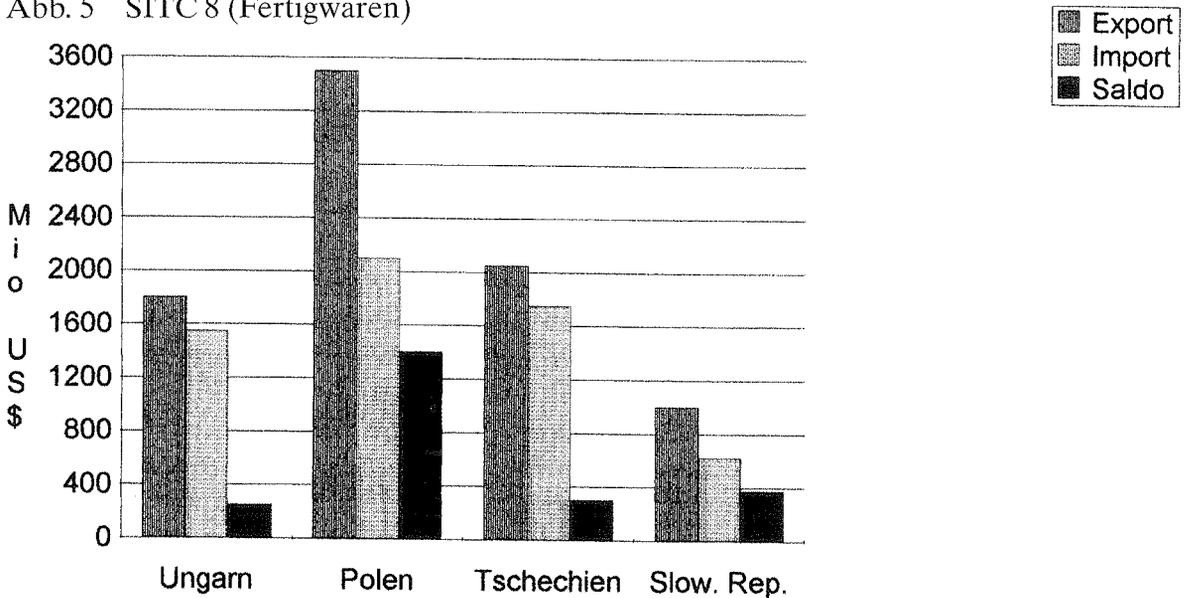


Quelle: *Osteuropa Perspektiven*, 10-16.

Mittelosteuropa wird sich in der Weltwirtschaft nur behaupten können, wenn es gelingt, die Branchenstruktur zu verbessern, vornehmlich durch Schließung oder Umstrukturierung unrentabler Unternehmen, die Ausrüstung der Wirtschaft mit neuen Anlagen und Maschinen zur Entwicklung technologieintensiver Produktionen. So kann die gegenwärtig zu beobachtende geringe Fertigungstiefe der Exportgüter abgebaut und eine günstigere Position im Export erlangt werden. Nicht zuletzt wird diese Entwicklungsstrategie notwendig sein, um der effektiven Protektion<sup>26</sup> des Handelspartners EU zu begegnen.

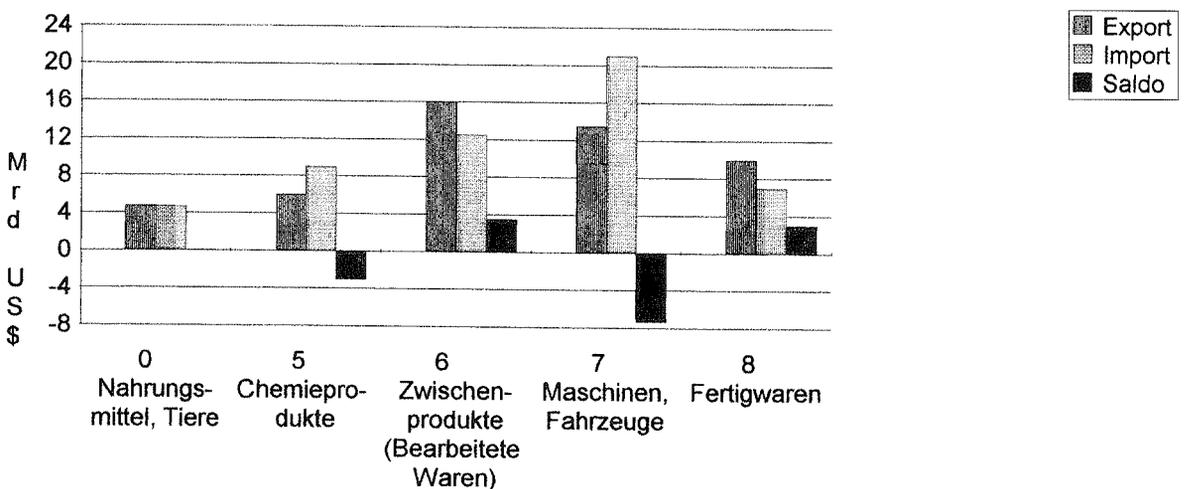
Abb. 6 zeigt noch einmal den Außenhandel 1994 nach fünf wichtigen SITC-Gruppen, diesmal aggregiert für die Gesamtregion. Importe der Region von über 20 Mrd. US\$ ent-

Abb. 5 SITC 8 (Fertigwaren)



Quelle: *Osteuropa Perspektiven*, 10–16.

Abb. 6 Außenhandel Mittelosteuropa 1994



Quelle: *Osteuropa Perspektiven*, 10–16.

fallen auf die SITC-Warengruppe 7 (Maschinen, Anlagen, Fahrzeuge). Das Nettodefizit in dieser Warengruppe betrug 1994 über 7 Mrd. US\$. Das zeigt, daß die Neuausrüstung begonnen hat. Der beträchtliche Investitionsschub in Ungarn z. B. – 10% gegenüber dem Vorjahr – ist ein Zeichen langsamer wirtschaftlicher Erholung (vgl. Tab. 4). Von den Gesamtinvestitionen entfielen allein im 1. Halbjahr 1994 etwa 45% auf Maschineninve-

<sup>26</sup> »Effektive Protektion ist ein terminus technicus, der die protektionistische Diskriminierung zwischen Inputgütern für die heimische Industrie und Fertigwarenimporten meint. So sind Zölle, die die EG auf Rohstoffe und andere Zwischengüter für die EG-Produzenten erhebt, niedriger als auf Endprodukte, die mit denjenigen der EG-Unternehmen konkurrieren würden. Der durchschnittliche Zollsatz erscheint dadurch geringer als er »effektiv« ist, nämlich den inländischen Unternehmen Preisvorteile gewährend.« Schelkle, 130.

stitionen, wobei davon wiederum etwa die Hälfte aus importierten Maschinen besteht. Diese Importgüter sind dringend notwendig für die technologische Erneuerung der ungarischen Wirtschaft, belasten jedoch die Zahlungsbilanz. Denn trotz hoher Zuwachsraten im Export, nominell 20% 1994, reichen die Exporteinnahmen nicht aus, um die Zunahme bei den Importen zu kompensieren.<sup>27</sup>

Tab. 4: Brutto-Anlageinvestitionen (in Prozent p. a.)

	1991	1992	1993	1994
Polen	-4,1	0,7	2,2	6,0
Tschechische Republik	-32,5	16,6	8,0	4,0
Ungarn	-11,9	-1,7	0,5	10,0
Slowakische Republik	-28,6	24,4	-3,5	0,5

Quelle: *Central European Quarterly* III/1995, 6.

Die weitere Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite ist Dreh- und Angelpunkt des weiteren Aufschwungs. In allen mittelosteuropäischen Ländern waren 1993 und 1994 die Handelsbilanzen negativ. Das Leistungsbilanzdefizit der Gesamtregion betrug 1993 6,5 Mrd. US\$ und 1994 4,9 Mrd. US\$, wobei Ungarn für mehr als die Hälfte des Defizits verantwortlich war und die Tschechische Republik noch einen Leistungsbilanzüberschuß aufwies.<sup>28</sup>

Für die anderen Länder ist damit zu rechnen, daß wegen des zu erwartenden Wachstums, der realen Aufwertungen ihrer Währungen und zum Teil des Zinsendienstes für die Auslandsschuld die Leistungsbilanzdefizite wachsen werden. Offen ist, wie dieser Finanzierungsbedarf in den kommenden Jahren abgedeckt werden wird. Zum ersten Mal seit dem Umbruch ist das Bruttoinlandsprodukt in Mitteleuropa im Jahre 1994 gestiegen, im Durchschnitt um 4%, was vor allem Resultat guter Exportergebnisse in Richtung Westeuropa ist. Bemerkenswert sei, so der Jahresbericht der ECE für 1994–1995, daß das Wirtschaftswachstum auf Selbstfinanzierung und Selbsthilfe in Osteuropa und die Fähigkeit, Entbehrungen auf sich zu nehmen, zurückzuführen sei. Die Entbehrungen, welche die Eigenfinanzierung bringe, hätten allerdings zur »fast allgemeinen Abwendung vom wirtschaftlichen Liberalismus und politischen Konservatismus in den letzten zwei Jahren beigetragen«.<sup>29</sup> Die weitere Selbstfinanzierung des Umschwungs finde ihre Grenzen am niedrigen Sparaufkommen und an der fast exklusiven Abhängigkeit der Exporte von der Aufnahmefähigkeit der westeuropäischen Märkte. Bedenkliche Faktoren neben der hohen Arbeitslosigkeit sind die zu langsame Restrukturierung der Staatsunternehmen, zu niedrige Investitionen, ein ineffizientes Finanzsystem, eine rapide Staatsverschuldung. Für Westeuropa stelle sich immer noch die Frage, heißt es weiter, ob man nicht zur Verhinderung von Rückschlägen doch noch etwas mehr finanziell helfen wolle, um nicht später die Kosten eventueller Rückschläge tragen zu müssen.<sup>30</sup>

Weltweit spielt bei der Modernisierung von Volkswirtschaften privates Kapital die größte Rolle. Unternehmen investieren in anderen Ländern bei guten Standortbedingun-

<sup>27</sup> Walko, 7.

<sup>28</sup> *Central European Quarterly* III/1995. Hg. Creditanstalt Bankverein, Wien, 3.

<sup>29</sup> »Jahresbericht der ECE für 1994–1995«. *Handelsblatt* vom 4. April 1995.

<sup>30</sup> Ebd.

gen, vor allem beim Vorhandensein eines größeren Wirtschaftsraumes sowie finanzieller und politischer Stabilität. Bezogen auf Osteuropa würde das heißen: Anbindung an die EU bzw. den EWR und Erwartungssicherheit in bezug auf die zu tätigen Investitionen. Die ausländischen Direktinvestitionen in den mittelosteuropäischen Ländern bleiben relativ gering und konzentrieren sich auf wenige Länder, vor allem auf Ungarn (31%), Polen (16%), die Tschechische Republik (11%).<sup>31</sup> Eine Bilanz aus fünf Jahren westlicher Finanzhilfe an die Länder Osteuropas zeigt, daß der Umfang der Hilfen vergleichsweise bescheiden und das Engagement privater Investoren und Banken hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Einer Untersuchung des Münchner Ifo-Instituts zufolge liegen die Hilfen deutlich unter den bewilligten Mitteln, zum anderen sind nur 20 bis 25% der ausgewiesenen Hilfeleistungen tatsächliche Hilfe; der Rest sind Kredite zu geschäftsüblichen Konditionen. Zwischen 1990 und 1994 errechnete das Institut westliche Finanzhilfe von jährlich rund 20 Mrd. US\$ an die Länder Osteuropas, etwas mehr die Russische Föderation, allerdings in beiden Fällen mit rückläufiger Tendenz. Der Umfang von Direktinvestitionen erreichte 1993 4 Mrd. und 1994 3 Mrd. US\$. Nach Rußland gingen kaum Direktinvestitionen. Nur wenig höher waren die Unternehmens- und Bankkredite mit 4,4 Mrd. US\$ in 1994 gegenüber 3,7 Mrd. in 1993 an Osteuropa. Nach Rußland gingen 1994 1,9 Mrd. US\$ (1993 4 Mrd.).<sup>32</sup>

Das eher bescheidene Engagement westlicher Investoren hat unterschiedliche Ursachen. Ein wichtiges Investitionshindernis dürften die unzureichenden handelspolitischen Vereinbarungen in den geltenden Assoziationsverträgen sein. Die Ausdehnung des Binnenmarktes auf die osteuropäischen Staaten böte auch den EU-Mitgliedsländern ökonomische Vorteile. Westliches Kapital würde Mittelosteuropa vermehrt als Produktionsstandort nutzen, wenn dort erzeugte Güter und Leistungen freien Marktzugang in die EU bzw. den EWR erhalten. Die Wachstumspotentiale, die in der Kombination von hervorragender technischer Qualifizierung der Arbeitskräfte mit niedrigen Löhnen bestehen, könnten für Ost-West-Unternehmenskooperationen nicht nur in arbeits-, sondern auch in technologieintensiven Produktionen genutzt werden.

Es ist offensichtlich, daß Protektionismus gegenüber den mittelosteuropäischen Transformationsländern den Reformprozeß aufhält, behindert und damit die Probleme auf beiden Seiten nur verstärkt. Die mittelosteuropäischen Reformstaaten haben zum Ziel erklärt, die Kräfte des marktwirtschaftlichen Prozesses zur vollen Entfaltung zu bringen. Wenn aber die Nutzung der Vorteile internationaler Arbeitsteilung durch interessengesteuerte wirtschaftspolitische Maßnahmen und Verordnungen ausgehebelt wird, sind Grundprinzipien marktwirtschaftlicher Ordnung in Frage gestellt. In der Folge wären erneute ökonomische und politische Allianzen in Osteuropa nicht auszuschließen.

Der Weg Mittelosteuropas zu Wohlstand und Modernisierung vollzieht sich im weltwirtschaftlichen Kontext. Die engen Beziehungen zu den EU-Mitgliedsländern werden dabei von besonderer Bedeutung sein. Der ökonomische Beitrag des Westens, soll er denn wirksam sein, muß über die in den Assoziationsverträgen vereinbarten handelspolitischen sowie finanzpolitischen und anderen Unterstützungsmaßnahmen hinausgehen.

<sup>31</sup> *Central European Quarterly* IV/1995. Hg. Creditanstalt Bankverein, Wien, 56.

<sup>32</sup> »Ifo-Institut München«. *Handelsblatt* vom 4./5. November 1995. Zum Vergleich: Nach Angaben der Zentralbank stiegen in Spanien die ausländischen Direktinvestitionen bis September 1994 gegenüber dem Vorjahr um 40% auf mehr als 9,5 Mrd. US\$. *Handelsblatt* vom 30. November 1994.